

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 3.— M., bei Selbstabholung 2.75 M. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 9.— M., für 1 Monat 3.— M. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.). — Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauscher Straße 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 19 003.

Inseratenpreise:
Die 7 gespaltene Petitzeile 1.25 M. — Die 7 gespaltene Petitzeile mit Platzvorschrift 1.50 M. — Die 7 gespaltene Petitzeile Familiennachrichten 1.10 M. Die Reklame-Petitzeile 5.— M. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauscher Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721

Furchtbares Blutbad in Berlin.

33 Tote — 100 Verwundete.

Die blutige Demonstration.

Die große Demonstration gegen das Betriebsrätegesetz, zu der eine große Anzahl Berliner Gewerkschaften, sowie der Bezirksverband Berlin-Brandenburg der D. V. D. und der Volksgenossen-Kreis Berlin gestern die Berliner Arbeiterkraft aufgeföhrt hatten, ist unter Mitwirkung der reichshauptstädtischen Polizei vor sich gegangen. Ungeheure Massen haben ihren Protest gegen den Wechsel des Nationalversammlungsgesetzes aus dem Gesicht geschleudert. Und die Regierung Bauer-Roske-Gruberger hat nach ihrer Art mit Maschinengewehrfeuer geantwortet.

Der Ruf, die Betriebe um 12 Uhr zu verlassen, hat starke Nachfolge gefunden. Gegen 1 Uhr mittags war der Platz vor dem Reichstagsgebäude mit einer vieltausendköpfigen Menschenmenge besetzt, die zahlreiche rote Fahnen mit sich führte. Gegen 2 Uhr stellten auch die Straßenbahnen ihren Betrieb ein.

Über den weiteren Verlauf der Demonstration meldet ein Telegramm des Wolffschen Bureaus:

Berlin, 13. Januar. Gegen 14 Uhr nachmittags versuchte die vor dem Reichstagsgebäude demonstrierende Menge in den Reichstag einzudringen. Die Sicherheitspolizei pflanzte hierauf die Bajonette auf und suchte die Menge zu zerstreuen. Da dies jedoch nicht gelang, machte die Sicherheitspolizei von ihrer Waffe Gebrauch. Es kam zu einer lebhaften Schießerei, namentlich vor dem Eingang in der Simonstraße. Der vor diesem Eingang befindliche Hofplatz ist von einer großen Anzahl von Toten und Schwerverletzten bedeckt.

14. Berlin, 14. Januar. Nach den bisherigen Feststellungen sind laut Statistik etwa 35 Tote und 100 Verwundete zu beklagen. Im Reichstagsgebäude waren bis 6 Uhr abends 8 Tote eingetragelt, in der Charité befanden sich 18 Tote und in der Universitätsklinik in der Hegelstraße 8 Tote. Verwundete fanden Aufnahme in der Charité 133 (leicht und schwer), in der Universitätsklinik 70 bis 40, meistens Schwerverletzte, einige wurden nach den Krankenhäusern Monbit, Urban und dem Virchow-Krankenhaus gebracht.

Eine weitere Darstellung des Wolffschen Bureaus über die Vorgänge lautet:

Berlin, 13. Januar. Das Reichstagsgebäude war heute mittig nur von einer verhältnismäßig schwachen Wache der Sicherheitsbeamten besetzt. In den Nachmittagsstunden wuchs die Masse der Demonstranten dauernd an und die Verhaftungen der Sicherheitsbeamten nahmen derart zu, daß man schließlich Verstärkungen heranziehen mußte. Während sich der größte Teil der Demonstranten, nachdem sie verschiedene Abgeordnete der Unabhängigen Partei mit ihren Wünschen bekanntgemacht hatten, wieder entfernte, blieben noch viele Tausende in den Zugangstraßen wie die Mauerer stehen. Es wurden Flugblätter verteilt, die von der kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) unterzeichnet waren und überaus scharfe Angriffe gegen Roske, Ebert und Scheidemann enthielten. Die Uberschrift lautete: „Ebert oder Lubendorff.“ Zum Schluss wurde in großen Lettern aufgerufen: „Macht euch bereit! Nieder mit der Militärmonarchie! Es lebe die proletarische Diktatur! Es lebe die Räterepublik!“ Durch diese Aufrufe angefeuert, hielten einzelne Schmäherden gegen die Nationalversammlung und gegen die Grüne Polizei, so daß sich schließlich eine Anzahl Demonstranten dazu hinreißten ließ, das Portal nach dem Biergarten hin zu räumen. Trotz aller Warnungen und trotz der ruhigen Haltung der Sicherheitsbeamten, war es nicht gelungen, die Menge zum Auseinandergehen zu bringen. Da die Gefahr bestand, daß die Sicherheitsbeamten überwältigt wurde, mußte zur Waffe gegriffen werden und man gab aus Gewehren und Maschinengewehren Feuer auf die Menge ab, so daß eine Anzahl getötet und verwundet wurden. Sehr bedrohlich gestaltete sich die Lage für die Sicherheitsmannschaften am Bismarckdenkmal. Die Menge stiel über sie her, raubte ihnen die Karabiner und schoß damit auf die Beamten. Ein Teil der Waffen wurde zertrümmert. Mehrere Sicherheitsbeamte wurden erheblich verletzt. Den Offizieren wurden die Hüftstücke heruntergerissen. Gegen 4 Uhr war der Platz geläubert, und nun rollten Panzerautos heran, die die Toten, sowie die Schwerverwundeten, auf einige Reichsverletzte in die Krankenhäuser brachten.

Berlin, 14. Januar. Bei den Unruhen vor dem Reichstag ist ein Sicherheitsbeamter getötet worden, mehrere sind verwundet. Als einer von den verwundeten Sicherheitsbeamten nach der Klinik in der Hegelstraße gebracht wurde, stürzten sich verschiedene Personen auf ihn und traten ihn mit Füßen. Der Platz vor dem Reichstag leerte sich nach und nach von der Menschenmenge, nur an der Hegelstraße dauerte es geraume Zeit, bis man auch die letzten 500 oder 600 Personen zerstreut hatte. Die Straßen in der ganzen Gegend sind abgesperrt. Auf der Kreuzung der Dorotheenstraße und Luisenstraße und in der Neuen Wilhelmstraße hielt eine größere Menschenmenge die Straßenbahnwagen an, nötigte die Fahrgäste zum Aussteigen und ließ die Wagen nicht weiterfahren.

In der achten Abendstunde hatten sich in der Umgebung des Reichstagsgebäudes sowie am Potsdamer Platz größere und kleinere Gruppen gebildet, wo unabhängige Arbeiter Ansprachen hielten. Gegen neun Uhr waren die Straßen im Innern der Stadt wie ausgestorben.

Diese interessierten Darstellungen der Schuldigen erfahren die richtige Belohnung durch die folgenden eignen Meldungen, die wir erhalten.

Wie es wirklich war.

Berlin, 14. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aussagen zahlreicher Zeugen, die der Redaktion der Freiheit zugingen, so auch Mitteilungen mehrerer unabhängiger Abgeordneter, die vom Reichstag aus die Vorgänge beobachteten, betonen im Gegensatz zu den Berichten der bürgerlichen Presse und des Vorwärts, daß der Befehl zum Feuer durch das Verhalten der Demonstranten nicht gerechtfertigt werden könnte. Die Verhaftungen der Sicherheitsmannschaften seien keineswegs so gewesen, daß sie ein vorzeitiges Einschreiten erfordert hätten, insbesondere wäre an der Stelle, wo mit den Maschinengewehren geschossen wurde, alles ruhig und kein Anlaß zum Vorgehen gewesen.

Die Zahl der Toten beträgt nach Angabe der Feuerwehr und der Rettungswachen 15, die Zahl der Schwerverletzten 23. Dazu kommen zahlreiche Leichtverwundete. Die Wolffsche Zeitung berichtet von 27 Toten und über 100 Verwundeten. Nach einer Mitteilung der Redaktion der unterdrückten Freiheit sollen 33 Tote und über 300 Verwundete auf dem Plage gelieben sein.

Das Verbot der Freiheit ist im Laufe der Nacht militärisch besetzt worden. Der für die Morgenausgabe des Blattes bestimmte Text konnte gestern abend von der Redaktion der Freiheit noch unbehindert hergestellt werden. Druck und Verbreitung der Zeitung wurden jedoch dann inibiert. Ein schriftliches Verbot ist bisher nicht erfolgt.

Belagerungszustand.

Berlin, 13. Januar. (W. L. V.) Auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung, betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung notwendigen Maßnahmen, hat der Reichspräsident mit Ausnahme von Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden und der von ihnen umschlossenen Gebiete den Ausnahmezustand verhängt.

Die Diktatur Roske.

Berlin, 14. Januar. (L. V.) Der Reichswehrminister gibt folgendes bekannt:

„Auf Grund der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten, betreffend den Ausnahmezustand, übernehme ich persönlich die Ausführung der vollziehenden Gewalt für Berlin und die Mark Brandenburg ohne Uebertragung an einen besonderen Militärbefehlshaber. Zum Stellvertreter ist der Polizeipräsident von Berlin, Eugen Ernst, bestimmt worden.“

Auf Grund der Verfügung des Reichspräsidenten vom 13. Januar verbiete ich für den Landespoliciebezirk Berlin, den Stadtkreis Spandau und die Landkreise Teltow und Niederbarnim alle Versammlungen in nicht geschlossenen Räumen, ferner Umzüge und Menschenansammlungen. Ein erneuter Versuch, die gesetzgebende Körperschaft des Reiches in ihren Arbeiten durch Ansammlungen oder Kundgebungen vor oder im Umkreis des Reichstagsgebäudes zu stören, würde schon zu Beginn durch rücksichtslose Waffenanwendung verhindert werden.“

Verbot der Freiheit und der Roten Fahne.

Berlin, 14. Januar. (W. L. V.) Reichswehrminister Roske erläßt folgende Bekanntmachung: „Als Inhaber der vollziehenden Gewalt für Berlin und die Mark Brandenburg verbiete ich auf Grund der Verfügung des Herrn Reichspräsidenten gemäß Artikel 48 der Reichsverfassung vom 13. Januar 1920 Druck und Vertrieb der Zeitung Die Freiheit, sowie der beiden Zeitungen Die Rote Fahne im Gebiete des Ausnahmezustands.“

Und abermals Arbeiterblut.

Die blutigen Januartage vom Vorjahre haben sich eben geöhrt — der 19. Januar 1920 tritt ihnen nun als entsetzliches Gegenstück zur Seite. Die Ratifizierung des Friedens mit der Entente wird gefolgt von der Straßenschlacht gegen demonstrierende Proletarier des eigenen Volkes. Das gegenrevolutionäre Machwerk des Betriebsrätegesetzes hat den Segen der Maschinengewehre bekommen und wird gefärbt vom Blute der Arbeiter.

Die Politik der Gewalt ist wieder einmal im vollen Zug. Das Blutbad unter den Demonstranten, der Belagerungszustand, die Unterdrückung der Arbeiterpresse, die Besetzung ihrer Betriebe, die Aufhebung aller Garantien der persönlichen Freiheit. Das sind die Mittel, mit denen die Koalitionsregierung der Rechtssozialisten und der Bürgerlichen sich am Ruder zu halten gedenkt.

Natürlich behauptet die Regierung, behaupten ihre offiziellen Organe, behauptet die ganze bürgerliche und rechtssozialistische Presse, daß die blutige Dezimierung der Demonstrantenschar nur in der Notwehr geschehen sei. Wir kennen diesen Text. Wir wissen aus der Geschichte der Januarereignisse von 1919, aus den Enthüllungen des Liebesauer-Prozesses und anderer gerichtlicher Verfahren, wie die Regierung Ebert-Scheidemann gewaltsame Abrechnungen zu erziehen gewöhnt hat. Wir wissen, wie so mancher Spindel in den Ereignissen jener Zeit seine schmutzigen Finger gehabt hat. Das macht uns mißtrauisch gegen alle derartigen Darstellungen, wie sie jetzt wieder von Wolffs Bureau und den anderen Handlangern der Regierungsgewalt verbreitet werden. Wir wissen aus den Leipziger Erfahrungen aus Äußerungen von Angehörigen der Zeitfreiwilligen-Regimenter, wie sie darauf gebrannt haben, die Versammlungen unserer Partei am Montag zu sprengen, wie leicht es bei diesen Gesinnungen zu blutigen Zusammenstößen auch hier hätte kommen können. Wenn jetzt die bürgerliche und rechtssozialistische Presse die Truppen, die den Reichstag umgaben, als harmlose Lämmer hinstellt, die bis zum äußersten den Provokationen und Angriffen der demonstrierenden Proletarier gegenüber die Ruhe bewahrt haben, so stellen wir dem entgegen, was wir über die Taten und die Gesinnungen dieser Roskegardien aus tausendfältiger Erfahrung wissen. Selbst wenn wir sonst nichts wüßten, würden wir uns weigern, die offiziellen und offiziellen Meldungen, die die Blutschuld auf die Arbeiterschaft abwälzen sollen, für wahr zu nehmen.

Aber wir sind nicht bloß auf solche indirekte Schlüsse angewiesen, sondern wir haben die Berichte von Augenzeugen, von Abgeordneten unserer Partei, die jenen Darstellungen der Regierung und der Regierungsparteien die Wahrheit gegenüberstellen. Nach ihren Beobachtungen hat ein Grund zu der Schießerei nicht vorgelegen, und nur das böse Gewissen der Herrschenden, die ganze Blut- und Gewaltatmosphäre, die das Regime Roske erzeugt hat, sowie die militäristischen und antiproletarischen Instinkte, die in der Reichswehr und ihrem Ableger, der neuen Sicherheitspolizei, geöhrt worden sind, haben eine Bedrohung des Reichstages und der Regierung in der Haltung der Kundgebenden hineinlegen können. Die Blutschuld fällt mit voller Wucht auf diejenigen, die durch die sogenannte „Sicherheit des Reichstages“ es dahin gebracht haben, daß die Maschinengewehre losgehen mußten. Nach gewissen Meldungen soll das preußische Ministerium des Innern, also der Rechtssozialist Wolfgang Heine, der Verantwortliche dieser Maßregel gewesen sein. Auf die Personen kommt es indes schließlich wenig an. Es liegt klar auf der Hand, daß auf dem System, das den Namen Roske trägt, in letzter Linie die schwere Verantwortung lastet.

Die bürgerliche und rechtssozialistische Presse heute natürlich heute in allen Tonarten über den angeblichen Putzveruch der Unabhängigen Sozialdemokratie und Kommunisten, die die Freiheit der Volksvertretung, die Ordnung und Sicherheit im ganzen Reiche bedroht haben sollen. Daß es dabei an den giftigsten Verleumdungen, an den gewaltsamsten Entstellungen der Wahrheit, an den gehässigten Anwürfen nicht fehlt, versteht sich. Die Hejpropaganda gegen die „Vollschweikens“, d. h. gegen alle, die Ernst mit der Durchführung des Sozialismus in Deutschland machen wollen, ist wieder im vollen Gange. Das furchtbare Ereignis wird nach allen Regeln einer verlogenen Pressemache wider die Arbeiterparteien aususchlachten versucht. Die Gegenseite ist durch das Verbot der Freiheit und der Roten Fahne mundtot gemacht; die schimmsten Entstellungen der Wahrheit bleiben